

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XXXIX
Abkürzungsverzeichnis.....	XLI
A. Notwendigkeit einer Reform des Unterhaltsrechts	1
B. Das Unterhaltsrecht nach dem 1. EheRG und dessen weitere Entwicklung	13
C. Stärkung des Grundsatzes der Eigenverantwortung	25
D. Der Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB in der Fassung des UÄndG 2007 und dessen Ausprägung durch die Rechtsprechung des BGH	31
E. Überblick über die weiteren nachehelichen Unterhaltstatbestände gemäß §§ 1571 – 1576 BGB	107
F. Eigenverantwortung und angemessene Erwerbstätigkeit nach § 1574 Abs. 1, 2 BGB.....	131
G. Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	147
H. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit nach § 1578b BGB	221
I. Unterhaltsrechtliche Härteklausele des § 1579 BGB.....	269
J. Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners und Rangfolge.....	343
K. Überblick über den Anspruch auf Familienunterhalt sowie Trennungsunterhalt.....	429
L. Umfang der Auskunft- und Belegpflicht im Unterhalt.....	449
M. Einkommensermittlung im Unterhalt – Überblick	463
N. Familiengerichtliches Verfahren sowie Abänderungsverfahren	475
O. Der Kindesunterhalt nach der Neuordnung durch das UÄndG 2007	489
P. Kindergeldausgleich nach § 1612b BGB.....	505
Q. Der Unterhalt von Müttern und Vätern aus Anlass der Geburt eines Kindes gemäß § 1615l BGB.....	537
R. Vereinbarung zum Unterhaltsrecht	561
S. Übergangsbestimmungen.....	589
Stichwortverzeichnis.....	609

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XXXIX
Abkürzungsverzeichnis	XLI

A. Notwendigkeit einer Reform des Unterhaltsrechts	1
I. Regelungsbereich der Reform	1
II. Begründung des Reformvorhabens im Regierungsentwurf	1
III. Ziele der Reform	3
IV. Wesentliche Änderungen	4
1. Überblick	4
2. Geänderte Rangfolge.....	4
a) Begründung des Regierungsentwurfs	4
b) Bewertung	6
3. Besserstellung kinderbetreuender, nicht miteinander verheirateter Eltern	8
4. Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts minder- jähriger Kinder und vereinfachte Kindergeldver- rechnung	9
5. Stärkung der Eigenverantwortung nach der Ehe.....	10
6. Vereinfachung des Unterhaltsrechts	10
V. Weitere bedeutsame Änderungen	11
VI. Finanzielle Auswirkungen	11
VII. Übergangsregelungen	11
 B. Das Unterhaltsrecht nach dem 1. EheRG und dessen weitere Entwicklung.....	 13
I. Überblick	13
1. Grundlagen des 1. EheRG.....	13
a) Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit	13
b) Ehebezogene Unterhaltsbedürftigkeit, Rechtsnatur des Anspruchs	14
2. Überblick über die einzelnen Tatbestände	14
a) Keine Generalklausel	14
b) Selbständige Unterhaltstatbestände	15
c) Ausnahme-Regel-Prinzip; verfassungsrechtliche Grenzen	16

3. Rechtsprechung des BVerfG zum 1. EheRG	16
4. Rechtspolitische Diskussion bis zur Einführung des UÄndG 1986.....	18
II. Regelungen zum Unterhaltsänderungsgesetz 1986	19
1. Gesetzesgrundlagen	19
2. Anwendungsbereich.....	19
3. Grundlagen des Gesetzgebungsverfahrens	20
4. Ehebedingte Erwerbslosigkeit, Kindesbetreuung	21
III. Weitere Rechtsentwicklung	22
1. Einführung in den neuen Bundesländern	22
2. Vermutung unterhaltsrechtlicher Bedarfserfüllung von Sozialleistungen	22
3. Kindschaftsrechtsreformgesetz, Kindesunterhaltsgesetz....	22
C. Stärkung des Grundsatzes der Eigenverantwortung	25
I. Ausgangslage	25
II. Grundsatz der Eigenverantwortung und Überspannung der nachehelichen Solidarität	25
III. Umsetzung der Stärkung der Eigenverantwortung im UÄndG 2007 sowie Auswirkungen des § 1569 BGB auf die Regelungen zum nachehelichen Unterhalt.....	26
IV. Grundlagen der Vorschrift des § 1569 BGB.....	28
1. Regelungsbereich	28
2. Funktion im Rahmen der Vorschriften zum nachehe- lichen Unterhalt	28
V. Bewertung der Änderung des § 1569 BGB	29
D. Der Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB in der Fassung des UÄndG 2007 und dessen Ausprägung durch die Rechtsprechung des BGH	31
I. Grundlagen des § 1570 BGB	31
1. Normzweck sowie Struktur des § 1570 BGB	31
2. Überblick über die Rechtsprechung zum Umfang der Erwerbsobliegenheit bis 31.12.2007 – Entwicklung des Altersphasenmodells.....	32
3. Begriff des gemeinschaftlichen Kindes	33
4. Betreuungsunterhalt bei künstlicher Befruchtung	36
5. Pflege und Erziehung	36
II. Eigenverantwortung und Betreuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1, 2 BGB	38
1. Begründung des RegE	38
2. Neustrukturierung durch den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages.....	39

3. Elterliches Erziehungskonzept und Art. 6 Abs. 1 GG.....	42
a) Beendigung mit Auflösung der Ehe.....	42
b) Auswirkungen öffentlich-rechtlicher Regelungen.....	43
III. Die Tatbestände des Betreuungsunterhalts nach § 1570	
Abs. 1, 2 BGB	44
1. Mindestdauer des Betreuungsunterhalts von drei Jahren nach der Geburt des Kindes	44
a) Systematische Einordnung des § 1570 Abs. 1 S. 1 BGB.....	44
b) Fragen zur Erwerbstätigkeit vor Vollendung des dritten Lebensjahres	45
2. Der Begriff der Billigkeit nach § 1570 Abs. 1 S. 2 BGB.....	46
3. Belange des Kindes und Erwerbsobliegenheit.....	47
a) Belange des Kindes im Sinne von kindbezogenen Gründen	47
b) Inhaltliche Bedeutung der Belange des Kindes, Abgrenzungen	48
c) Vorrang der Belange des Kindes.....	50
4. Der Begriff der bestehenden Möglichkeiten der Betreuung	51
a) Zweck der Regelung des Abs. 1 S. 3 und Zumut- barkeit der Erwerbstätigkeit	51
b) Inanspruchnahme öffentlicher und privater Einrich- tungen	53
c) Rechtzeitig einsetzende Bemühungen zur Fremdbetreuung	54
5. Rechtsprechung des BGH und deren praktische Um- setzung	54
a) Prüfungsfolge.....	54
b) Auswirkungen auf die Darlegungslast des betreu- enden Elternteils.....	56
c) Kritik an der Rechtsprechung des BGH.....	57
d) Weitere obergerichtliche Rechtsprechung	59
6. Verschärfung der Erwerbsobliegenheit	60
a) Erwerbsobliegenheit im Mangelfall	60
b) Erwerbsobliegenheit bei eingreifender Härtefall- klausel gemäß § 1579 BGB	62
7. Betreuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB bei vergeblichen Erwerbsbemühungen, Verhältnis zum Aufstockungsunterhalt	62

8. Wegfall der Erwerbsobliegenheit bei besonders günstigen Einkommensverhältnissen	64
9. Der Betreuungsunterhalt aus nachhehlicher Solidarität	65
a) Systematische Einordnung des § 1570 Abs. 2 BGB	65
b) Anwendungsbereich	66
c) Dauer des Anspruches	68
d) Elemente der Billigkeitsabwägung nach § 1570 Abs. 2 BGB	68
e) Verhältnis des § 1570 Abs. 2 BGB zu § 1578b BGB und Zuordnung in § 1609 BGB	69
f) Unterhalt bei Betreuung mehrerer Kinder im Alter über drei Jahren	70
IV. Beginn und Beendigung des Betreuungsunterhalts	71
1. Beginn des Betreuungsunterhalts	71
2. Beendigung des Betreuungsunterhalts	72
V. Fragen zur Darlegungs- und Beweislast	72
1. Grundlagen	72
2. Beweislast im Abänderungsverfahren	74
VI. Betreuungsunterhalt und überobligationsmäßige Tätigkeit	75
VII. Konkreter Betreuungsaufwand und Betreuungsbonus	76
1. Zuordnung der Kosten der Betreuung des Kindes, freiwillige Leistung Dritter bei Betreuung	76
2. Praktische Folgen – Rechenbeispiel	78
3. Wahl einer kostengünstigen Betreuung durch nahe Verwandte	80
a) Rücksichtnahme auf die Belange des Unterhaltspflichtigen	80
b) Gleichwertigkeit von Bar- und Naturalunterhalt trotz Erwerbstätigkeit	81
3. Voraussetzungen zur Anerkennung eines Betreuungsbonus	81
VIII. Befristung und Begrenzung des Betreuungsunterhalts nach § 1570 BGB?	84
1. Problemlage	84
2. Frühere Rechtsprechung des BGH	84
3. Zeitliche Befristung des Unterhalts	85
a) Unterhaltsfestsetzung vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes	85
b) Betreuungsunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 2, 3 BGB aus kindbezogenen Gründen	86
c) Betreuungsunterhalt aus elternbezogenen Gründen gemäß § 1570 Abs. 2 BGB	86

d) Praktische Folgen im Unterhaltsverfahren für die Darlegungs- und Beweislast	87
4. Keine weitere Befristung gemäß § 1578b BGB.....	89
5. Begrenzung der Höhe nach gemäß § 1578b Abs. 1 BGB	89
IX. Privilegierte Stellung des Betreuungsunterhalts	91
X. Beibehaltung des Prinzips der Einsatzzeitpunkte	92
XI. Wiederaufleben und wechselnde Höhe des Betreuungs- unterhalts	93
XII. Gesteigerte Erwerbsobliegenheit und Inhaltskontrolle von Eheverträgen – Heilung eines nichtigen Ehevertrags.....	94
XIII. Betreuung durch beide Elternteile – Wechselmodell	96
XIV. Konkurrenz von Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB und § 1615I BGB	96
1. Problemlage	96
2. Anteilige Haftung von Ehemann und nicht mit der Mutter verheiratetem Vater.....	97
3. Änderung der Unterhaltslast bei Konkurrenz von Unterhaltsansprüchen nach §§ 1569 ff. BGB und § 1615I BGB	98
4. Höhe des Unterhaltsanspruchs, Berechnungsbeispiel.....	99
XV. Aufhebung der Ehe und Betreuungsunterhalt	100
1. Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs eines vor- maligen Ehegatten	100
2. Sonderfall Unterhalt wegen Pflege und Betreuung eines gemeinsamen Kindes	102
3. Sonderfall Doppelhehe	103
4. Geltendmachung der Folgen der Aufhebung der Ehe nach rechtskräftiger Scheidung.....	103
5. Erlöschen des nachehelichen Unterhalts	104
6. Verfahrensrecht	104
XVI. Ausdehnung des § 1570 Abs. 1 BGB auf den Trennungs- unterhalt nach § 1361 Abs. 1 BGB	104
E. Überblick über die weiteren nachehelichen Unterhaltstat- bestände gemäß §§ 1571 – 1576 BGB	107
I. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB.....	107
1. Regelungsgrund.....	107
2. Keine ehebedingte Unterhaltsbedürftigkeit, Begriff des Alters.....	107
3. Vorzeitiger Rentenbezug.....	109
4. Erwerbstätigkeit über die feste Altersgrenze hinaus.....	109

5. Weitere Fragen zum Altersunterhalt	110
6. Änderung durch UÄndG – Billigkeitsklausel nach § 1578b BGB	110
II. Unterhalt wegen Krankheit oder anderer Gebrechen oder Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte nach § 1572 BGB	112
1. Anspruchsinhalt und -umfang	112
2. Begriff der Krankheit, Obliegenheit zur Wiederher- stellung des Gesundheit	113
3. Einsatzzeitpunkte	114
4. Rentenanspruch	115
5. Darlegungs- und Beweislast	115
6. Verhältnis zum Aufstockungsunterhalt	116
7. Auswirkungen des UÄndG 2007	116
III. Unterhalt bis zur Erlangung einer angemessenen Erwerbs- tätigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB	119
1. Regelungszweck	119
2. Subjektiver Maßstab der Anforderungen	120
3. Objektive Beschäftigungschance	121
4. Begriff der angemessenen Tätigkeit	122
5. Maßstab beim nachehelichen Unterhalt	123
6. Art der angemessenen Tätigkeit	123
7. Folgen der Verletzung einer Obliegenheit nach §§ 1573 Abs. 1, 1574 Abs. 1, 3 BGB	123
8. Darlegungs- und Beweislast bei § 1573 Abs. 1 BGB	124
9. Nachhaltige Sicherung und Unterhalt bei späterem Verlust einer angemessenen Erwerbstätigkeit – Rege- lungszweck des § 1573 Abs. 4 BGB	125
IV. Regelung nach § 1573 Abs. 2 BGB	126
V. Unterhaltsanspruch nach § 1575 BGB	127
1. Regelungszweck	127
2. Keine Bindung der Ausbildung an eheliche Lebensver- hältnisse	127
3. Rechtsprechungsübersicht	128
VI. Sonstige schwerwiegende Gründe, falls die Versagung des Unterhalts grob unbillig wäre, § 1576 BGB	128
F. Eigenverantwortung und angemessene Erwerbstätigkeit	
nach § 1574 Abs. 1, 2 BGB	131
I. Regelungszweck	131
II. Grundlagen der bis 31.12.2007 geltenden Vorschrift	131
III. Neufassung des § 1574 Abs. 1, 2 BGB	132

1. Kriterien für die Beurteilung der Angemessenheit einer Erwerbstätigkeit	132
2. Änderung des § 1574 Abs. 1 BGB	133
3. Änderung des § 1574 Abs. 2 BGB	133
4. Der Begriff der „angemessenen Erwerbstätigkeit“ als Sperre zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit?	134
a) Verhältnis § 1569 BGB zu § 1574 Abs. 1, 2 BGB	134
b) Begriff der angemessenen Erwerbstätigkeit	135
5. Die einzelnen Tatbestandselemente	135
a) Ausbildung	135
b) Fähigkeiten	137
c) Lebensalter	138
d) Gesundheitszustand	139
e) Frühere Erwerbstätigkeit	139
f) Günstige wirtschaftliche Verhältnisse als weiteres Kriterium	140
6. Einengung der Erwerbstätigkeit durch die ehelichen Lebensverhältnisse	141
a) Systematische Einordnung der ehelichen Lebensverhältnisse	141
b) Begriff der ehelichen Lebensverhältnisse	142
c) Konkrete Billigkeitsprüfung	142
d) Darlegungs- und Beweislast	143
7. Sonstige Umstände im Rahmen der Prüfung der Angemessenheit	144
8. Verschärfung der Erwerbsobliegenheit bei beschränkter Leistungsfähigkeit	144
9. Obliegenheit zur Aufnahme einer Ausbildung	145
a) Regelungszweck des § 1574 Abs. 3 BGB	145
b) Verbesserung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt	146
10. Subjektive und objektive Voraussetzungen der Erwerbsobliegenheit nach § 1574 Abs. 1, 2 BGB	146
G. Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	147
I. Gesetzliche Grundlagen der Bemessung des Unterhalts	147
1. Grundsatz	147
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	147
II. Das Maß des Unterhalts bei getrennt lebenden und geschiedenen Ehegatten	147
1. Grundsatz der Bedarfsermittlung	147
a) Begriff des angemessenen Unterhalts	147
b) Halbteilungsgrundsatz	148
c) Anreiz zur Erwerbstätigkeit	149

d) Berufsbedingte Aufwendungen	150
e) Objektiver Maßstab	150
f) Tabellen, Richtlinien	151
2. Weitere Grundsätze	151
a) Vorwegabzug des Kindesunterhalts	151
b) Vorwegabzug auch des Unterhalts volljähriger Kinder	152
c) Abzug des Kindergelds bei Bedarfsermittlung	153
d) Versorgungsausgleich und Bedarf	155
e) Bedarf und wechselnde Steuerklassen	155
f) Vermögensbildung und Bedarf	156
g) Fiktive Einkünfte und Bedarf	156
h) Haushaltsführung und Bedarf	157
i) Verbindlichkeiten und Bedarf	157
j) Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf	157
k) Sättigungsgrenze und konkrete Bedarfsbe- stimmung	157
3. Bedarfsermittlung beim Getrenntlebensunterhalt nach § 1361 Abs. 1 S. 1 BGB	159
4. Bedarfsermittlung beim nachehelichen Unterhalt nach § 1578 Abs. 1 S. 1 BGB	160
a) Grundlagen der Rechtsprechung	160
b) Zukünftige Entwicklung – Begriff der stets wandel- baren Verhältnisse	161
aa) Rentenbezug	162
bb) Nachehelich eingetretene Minderung	162
c) Die Rechtsprechung des BGH zur Prägung der ehelichen Lebensverhältnisse nach der Dreiteilungs- methode	163
d) Modifikation bei Zusammentreffen der geschiedenen Ehefrau mit der Mutter mit Anspruch nach § 1615I Abs. 2 BGB	169
e) Beispiel bei Mangelfall	170
f) Ausnahmen bei sog. Karrieresprung	171
5. Bestimmung der ehelichen Lebensverhältnisse bei Ein- künften beider Ehegatten	173
a) Begriff der nachhaltigen und dauerhaften Einkünfte ..	173
b) Bestimmung des Bedarfs nach der Differenz- bzw. Additionsmethode	173
c) Verletzung einer Erwerbsobliegenheit und Bedarfs- bestimmung	174

d) Betreuungsleistungen für Lebenspartner bedarfs- prägend.....	175
e) Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf	175
f) Sonderfälle der Differenzmethode bei fehlendem Erwerbstätigenbonus.....	177
6. Änderungen nach der Scheidung	178
a) Änderungen des Bedarfs.....	178
b) Wegfall des Kindesunterhalt und Bedarf.....	180
7. Beweislast bei der Bedarfsbestimmung.....	180
III. Auswirkungen der Entscheidung des BVerfG vom 25.1.2011 auf die Bestimmung des Bedarfs	181
1. Vorbemerkung	181
2. Die zentralen Rechtssätze der Entscheidung	182
3. Rechtskraft der Scheidung als Zäsur zur Bestimmung der ehelichen Lebensverhältnisse	183
a) Einschränkung des Begriffs der wandelbaren ehe- lichen Lebensverhältnisse	183
b) Zuordnung staatlicher Transferleistungen sowie familienbezogener Bestandteile	185
4. Außereheliches Kind und Bedarfsbestimmung	185
a) Zuordnung eines außerehelichen Kindes bei der Bedarfsbestimmung	185
b) Minderung der Bedürftigkeit durch eigene Einkünfte des Ehegatten und Halbteilungsgrundsatz sowie weitere nicht prägende Einkünfte des Unterhalts- pflichtigen	188
c) Eheliche Lebensverhältnisse bei Geburt des außer- ehelichen Kindes in der Trennungszeit sowie bei Anspruch der Mutter nach § 1615I BGB	189
d) Abzug des Kindesunterhalts bei Unterhaltsbestim- mung und Splittingvorteil aus neuer Ehe	190
5. Bestimmung des Bedarfs bei zwei unterhaltsberech- tigten Ehegatten	191
a) Bestimmung des Bedarfs.....	191
b) Folgerungen für Bereich der Leistungsfähigkeit	191
c) Auswirkungen der Begrenzungsbestimmungen des UÄndG auf die Unterhaltsbemessung	192
IV. Nutzungsvorteile an der ehelichen Wohnung sowie Ver- mögeenseinkünfte des Unterhaltsberechtigten.....	193
1. Grundsatz	193
2. Nicht aktivierter Nutzungswert	194
3. Änderung dieser Rechtsprechung durch Entscheidung des BGH zur Differenz-Additionsmethode.....	197

4. Renditeobjekt als Altersvorsorge	199
5. Freiwillige Leistung Dritter	200
6. Gewinnträchtige Anlage des Vermögens	200
7. Gleichwertige Nutzungsvorteile.....	201
8. Berücksichtigung von Nebenkosten	201
9. Bedarfsprägende Erträge aus Zugewinn.....	201
V. Vorsorgeunterhalt für eine angemessene Krankenversicherung und Pflegeversicherung sowie eine Altersvorsorge.....	203
1. Grundlagen, Befristung und Begrenzung des Anspruchs	203
2. Unterhalt für eine angemessene Kranken- und Pflegeversicherung.....	204
3. Vorsorgeunterhalt für den Fall des Alters und der verminderten Erwerbsfähigkeit	205
a) Grundlagen.....	205
b) Rechenschritte	206
4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts bei Kapital- und Mieteinkünften sowie einem Wohnvorteil	207
5. Zeitliche Begrenzung	208
6. Begrenzung auf Bemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung?	208
7. Verzug und Vorsorgeunterhalt	208
8. Wegfall der zweistufigen Berechnung des Elementarunterhalts.....	208
VI. Ermittlung der Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten ...	209
1. Grundlagen zur Bedürftigkeitsbestimmung nach § 1577 Abs. 1 BGB	209
2. Versorgungsleistungen für Lebenspartner oder sonstige Dritte.....	210
3. Freiwillige Leistungen Dritter.....	211
4. Vermögensverbrauch für unterhaltsfremde Zwecke	211
5. Einsatz des Vermögens zu Unterhaltungszwecken durch den Unterhaltsberechtigten	212
6. Darlegungs- und Beweislast	214
VII. Nichtanrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Tätigkeit gemäß § 1577 Abs. 2 BGB	214
1. Begriff der unzumutbaren Einkünfte.....	214
2. Gesetzliche Regelung zur Anrechnung unzumutbarer Einkünfte.....	215
3. Zweck der Änderung des § 1577 Abs. 2 S. 1 BGB durch das UÄndG 2007	216

4. Praktische Bedeutung	216
5. Anwendungsgrundsätze des § 1577 Abs. 2 BGB.....	217

H. Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts

wegen Unbilligkeit nach § 1578b BGB	221
---	-----

I. Anwendungsbereich.....	221
---------------------------	-----

II. Systematischer Ansatz der gesetzlichen Regelung	223
---	-----

III. Tatbestandsaufbau des § 1578b BGB.....	224
---	-----

1. Verbindung von Begrenzung und Befristung des Unterhalts.....	224
---	-----

2. Herabsetzung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 1 BGB	224
---	-----

a) Struktur des Tatbestands.....	224
----------------------------------	-----

b) Angemessener Lebensbedarf als Ersatzmaßstab.....	226
---	-----

aa) Grundlagen	226
----------------------	-----

bb) Rechtsprechung des BGH.....	227
---------------------------------	-----

c) Wahrung der Belange eines anvertrauten gemeinschaftlichen Kindes	232
---	-----

d) Ehebezogene Nachteile als Billigkeitsmaßstab	233
---	-----

e) Sonstige Billigkeitsgründe	235
-------------------------------------	-----

f) Keine Berücksichtigung eines Trennungsschuldens	236
--	-----

g) Berücksichtigung von Vermögen des Unterhaltsbedürftigen	236
--	-----

h) Nacheheliche Solidarität als Billigkeitsgrund.....	236
---	-----

i) Ausgleich ehebezogener Nachteile – Begriff der angemessenen Lebensstellung in Bezug auf unterhaltsrechtliche Abzugspositionen – Erwerbstätigenbonus	238
--	-----

j) Begriff der Dauer der Ehe.....	240
-----------------------------------	-----

3. Befristung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 2 BGB.....	241
--	-----

4. Überblick über die Rechtsfolgen bei Begrenzung und Befristung des Unterhalts.....	241
--	-----

5. Dauer der Übergangszeit bei Befristung sowie Begrenzung des Unterhalts	244
---	-----

6. Vorschläge zur Begrenzung des Unterhalts bei Verbindung beider Regelungen	246
--	-----

IV. Auswirkungen des § 1578b BGB auf die einzelnen Unterhaltstatbestände	247
--	-----

1. Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB.....	247
---	-----

2. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	248
---	-----

3. Unterhalt wegen Erkrankung oder Gebrechen nach § 1572 BGB	250
--	-----

4. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573	
Abs. 1 BGB	251
5. Aufstockungsunterhalt	252
6. Abgrenzung des Aufstockungsunterhalts vom Be- treuungsunterhalt	254
7. Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB, positive Billigkeitsklausel nach § 1576 BGB	255
V. Begrenzung nach § 1578b BGB und Unterhalt wegen einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung sowie Altersvorsorge	256
VI. Darlegungs- und Beweislast zu § 1578b BGB	257
1. Begrenzung des Anspruchs – Darlegungs- und Beweis- last des Unterhaltspflichtigen.....	257
2. Darlegungslast des Unterhaltsberechtigten – sekundäre Behauptungslast.....	258
3. Verfahrensmäßiges Vorgehen des Unterhaltsbe- dürftigen.....	259
VII. Verhältnis von § 1578b BGB zu § 1579 BGB	259
1. Ausgangslage	259
2. Verhältnis des § 1578b BGB zu § 1579 Nr. 1 BGB.....	260
VIII. Verfahrensfragen	261
1. Keine abschließende Entscheidung zur Begrenzung bzw. Befristung bei unsicherer Prognose	261
2. Keine Ermessensentscheidung zu § 1578b BGB; prozessuale Präklusion	263
3. Abänderungsantrag nach §§ 238, 239 FamFG	265
4. Antragstellung.....	266
5. Rechtsmittelverfahren.....	266
6. Kostenfragen.....	267
I. Unterhaltsrechtliche Härteklausel des § 1579 BGB	269
I. Rechtsnatur der Härtefallklausel; Anwendungsbereich.....	269
II. Änderungen des § 1579 BGB durch das UÄndG	270
1. Überblick.....	270
2. Neufassung der Überschrift.....	270
3. Änderung des Härtegrundes der Ehe von kurzer Dauer ..	271
4. Der neue Härtegrund der verfestigten Lebensgemein- schaft	272
III. Auslegungsfragen des Einleitungssatzes des § 1579 BGB....	274
1. Prüfungsumfang	274
2. Der Begriff der groben Unbilligkeit.....	274

3. Unterhaltszahlung trotz grober Unbilligkeit	275
4. Wirtschaftliche Verhältnisse	276
5. Dauer der Ehe	276
6. Verdienste für die Familie oder den anderen Ehe- gatten	277
7. Sonstige Billigkeitsgründe	277
8. Wahrung der Belange eines anvertrauten Kindes	278
9. Abgestufte Beschränkung des Unterhalts – flexibel gestaltete Rechtsfolge	279
10. Partnerschaft und Mindestbedarf	281
11. Zeitliche Begrenzung des Anspruchs	281
12. Anrechnen eigener Einkünfte bzw. eigenen Vermögens bei eingeschränktem Unterhaltsanspruch	283
13. Kürzung über den notwendigen Eigenbedarf hinaus	284
14. Berücksichtigung des Unterhaltsanspruchs gegen den nichtehelichen Vater nach § 1615I Abs. 1, 2 BGB	285
15. Privilegierung bei einem anvertrauten Kind	285
16. Vorsorgeunterhalt, Krankenversicherung	286
IV. Der Härtegrund der Ehe von kurzer Dauer nach § 1579	
Nr. 1 BGB	287
1. Anwendungsbereich	287
2. Zeitlicher Rahmen; Rechtsprechung des BGH	287
3. Bestimmung der Dauer der Ehe	288
4. Ausnahmen auf Grund besonderer Umstände	288
5. Keine Anwendung beim Trennungsunterhalt	289
6. Einzelfälle aus der Rechtsprechung	290
7. Konkurrenz zu § 1579 Nr. 8 BGB, weitere Kon- kurrenzen	291
8. Anwendungsfragen zur Neufassung der Nr. 1	291
a) Bestimmung der Ehezeit	291
b) Billigkeitsabwägung und Höhe des Unterhalts	292
c) Wahrung der Belange eines Kindes und Härteklausele nach Nr. 1	294
d) Härtegrund und gesteigerte Erwerbsobliegenheit – Begrenzung des Unterhalts auf das dritte Lebensjahr des Kindes?	294
9. Kürzung des Unterhalts über den notwendigen Eigen- bedarf hinaus bei eigenen Einkünften und Vermögen	294
V. Der Härtegrund der verfestigten Lebensgemeinschaft (Nr. 2)	296
1. Regelungsbereich	296

2. Der Begriff der verfestigten Lebensgemeinschaft	296
a) Grundlagen.....	296
b) Begriff des Zusammenlebens im Sinne einer eheer- setzenden Gemeinschaft	296
c) Verfestigte Lebensgemeinschaft ohne gemeinsame Wohnung	297
d) Verfestigte Lebensgemeinschaft während der Trennungszeit	298
e) Spätere Geltendmachung des Härtegrundes	299
f) Unterhaltsgemeinschaft als Grund einer objektiven Unzumutbarkeit	299
g) Verhältnis der Fallgruppen zueinander.....	301
h) Keine Konkubinatsklausel	301
3. Reichweite des Begriffs der verfestigten Lebensge- meinschaft	301
4. Unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit des Lebens- partners.....	303
5. Wiederaufleben des Unterhalts nach § 1570 BGB bei Auflösung der verfestigten Lebensgemeinschaft.....	304
VI. Verbrechen und schweres Vergehen gegen den Unterhalts- pflichtigen als Härtefall (Nr. 3).....	305
1. Grundlagen.....	305
2. Bedeutung der Schwere des Härtefalls	306
3. Berücksichtigung einer Verfehlung des Unterhalts- pflichtigen	307
4. Abgestufte Rechtsfolge nach den Auswirkungen des Delikts	307
5. Einzelfälle aus der Rechtsprechung.....	307
VII. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (Nr. 4)	310
1. Begriff der Mutwilligkeit.....	310
2. Unterhaltsbezogene Leichtfertigkeit.....	310
3. Die einzelnen Fallgruppen.....	311
4. Aufgabe einer gebotenen Tätigkeit – selbstverschul- deter Arbeitsplatzverlust	311
5. Alkohol- und Drogenabhängigkeit.....	312
6. Unterhaltslast durch Geburt eines Kindes ohne Zu- stimmung des Ehemannes	313
7. Fehlgeschlagener Suizidversuch.....	314
8. Unwirtschaftliche Vermögensanlage; Verwendung von Kapitalbeträgen für unterhaltsfremde Zwecke	314

9. Zweckfremde Verwendung des Vorsorgeunterhalts, Unterlassen von Vorsorgemaßnahmen	315
10. Unterlassene Geltendmachung bestehender Ansprüche	315
11. Sonstige Fragen zu § 1579 Nr. 4, Beweislast	316
VIII. Verletzung von Vermögensinteressen (Nr. 5)	316
1. Regelungszweck	316
2. Tatbestandsvoraussetzungen	317
3. Fallgruppen	318
a) Anschwärzen beim Arbeitgeber, Strafanzeigen	318
b) Verschweigen von Einkünften, Pflicht zur Information	319
c) Aufgabe eines Ehegattenarbeitsverhältnisses	320
d) Belastung mit Kindesunterhalt	321
IX. Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (Nr. 6)	321
1. Anwendungsbereich	321
2. Begriff des Familienunterhalts sowie der gröblichen Unterhaltspflichtverletzung	322
3. Schuldhaftes Verhalten	323
X. Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (Nr. 7)	324
1. Anwendungsbereich	324
2. Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	324
3. Begriff eines offensichtlich schwerwiegenden Fehlverhaltens	325
4. Verletzung der ehelichen Treue	325
5. Verstoß gegen eheliche Pflichten	326
a) Leugnen der nichtehelichen Vaterschaft eines Kindes	326
b) Scheineheliches Kind	327
c) Vereitelung des Umgangs mit einem gemeinsamen Kind	328
d) Verlassen des anderen Ehegatten	329
e) Weigerung der Aufnahme eines gemeinsamen Wohnsitzes	329
f) Verheimlichung von Einkünften	329
g) Nichteingehen einer Ehe	330
h) Sonstige verletzende Verhaltensweisen	330
6. Eindeutiges Fehlverhalten	331
7. Fehlende Ursächlichkeit	332
8. Fehlverhalten vor Scheitern der Ehe bzw. Trennung	332

9. Fehlverhalten nach Scheitern der Ehe sowie nach Rechtskraft der Scheidung.....	333
10. Fehlverhalten gegen Angehörige	334
11. Darlegungs- und Beweislast	334
XI. Andere Gründe von gleichem Gewicht (Nr. 8).....	335
1. Anwendungsbereich – Funktion als Auffangtatbestand ..	335
2. Fallgruppen.....	337
a) Unterlassene Eheschließung	337
b) Anstößige oder kränkende Begleitumstände.....	337
c) Nicht zurechenbar begangene Selbstschädigung.....	338
d) Kurzes Zusammenleben, nichteheliches Kind, steuerlicher Splittingvorteil, ehrlose Lebensführung, Verweigerung der Umgangsbefugnis	338
3. Fälle, in denen eine objektive Unzumutbarkeit regel- mäßig ausscheidet	339
a) Korrektur des Selbstbehalts bei Wiederheirat.....	339
b) Voreheliche Erkrankung	340
c) Voreheliche Täuschungshandlungen	340
XII. Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs, Verzeihung eines Härtegrunds.....	341
 J. Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners und Rangfolge	343
I. Begriff der Leistungsfähigkeit, zeitliche Kongruenz	343
II. Gesetzliche Grundlagen aller Unterhaltstatbestände	344
1. Überblick.....	344
2. Familien- und Trennungsunterhalt	344
3. Nachehelicher Unterhalt, Verwandtenunterhalt, Unterhalt der Mutter nach § 1615I BGB	345
III. Voraussetzungen der mangelnden Leistungsfähigkeit des Verpflichteten.....	346
1. Begriff des eigenen angemessenen sowie notwendigen Unterhalts	346
2. Selbstbehalt beim Verwandtenunterhalt.....	348
3. Selbstbehalt beim Unterhalt der Mutter nach § 1615 I BGB	350
4. Wegfall des Selbstbehalts bei sogenannten Hausmann- fällen.....	350
5. Bemessung des notwendigen Selbstbehalts bei günsti- gem Lebensaufwand durch Partnerschaft	351
6. Erhöhung der Selbstbehaltssätze wegen zwangsläufiger Belastungen	352

7. Abgrenzung echter – unechter Mangelfall nach Aufhebung der Rechtsprechung des BGH zur Dreiteilung	352
IV. Unterhaltsbestimmung im Mangelfall nach Aufhebung der Rechtsprechung des BGH zur Dreiteilung	353
1. Mangelfallberechnung in Abhängigkeit zur Definition des Selbstbehalts	353
2. Notwendigkeit zur Umsetzung der Gleichwertigkeit der zweiten Ehe im Mangelfall?	355
3. Bestimmung des gleichrangigen Unterhalts des geschiedenen und des neuen Ehegatten	356
a) Berücksichtigung der Rangfolge nach § 1609 Nr. 2, 3 BGB bei der Billigkeitsprüfung?	356
b) Angemessenheitskontrolle – rechnerische Umsetzung bei Gleichrang der Ansprüche	357
c) Berechnung bei Unterschreiten des Existenzminimums des zweiten Unterhaltsberechtigten bei Gleichrang	359
d) Berechnung bei Einkünften des gleichrangig geschiedenen Unterhaltsberechtigten	360
e) Berechnung bei Einkünften beider gleichrangiger Unterhaltsberechtigter	361
f) Berechnung bei absolutem Mangelfall bei gleichrangigen Ansprüchen	361
4. Unterhaltsbestimmung bei Konkurrenz eines Unterhalts nach §§ 1361, 1569 ff. BGB mit § 1615I BGB	363
a) Unterhaltsanspruch nach § 1615I BGB bedarfsprägend	363
b) Unterhaltsanspruch nach § 1615I BGB nicht bedarfsprägend	364
5. Konkurrenz zweiter Unterhaltsansprüche bei Vorrang des zweiten Ehegatten	366
a) Auswirkungen der Rangfolgeregelung nach § 1609 Nr. 2, 3 BGB auf Billigkeitsprüfung	366
b) Berechnung bei Vorrang des zweiten Ehegatten	368
6. Mangelfall bei Vorrang des geschiedenen Ehegatten	369
7. Verfahrensfragen	369
V. Verbindlichkeiten und Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners	371
1. Überblick	371
2. Beachtliche und nicht berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten	372
3. Berücksichtigung gemeinsam eingegangener Verbindlichkeiten	373

4. Schuldentilgung über Pfändungsfreigrenzen	374
5. Rücksichtnahme auf minderjährige Kinder	375
6. Unterhaltsansprüche in der Insolvenz	375
7. Obliegenheit zur Stellung eines Insolvenzantrags beim Kindesunterhalt	376
8. Keine Obliegenheit eines Insolvenzantrags beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt.....	380
9. Weitere abzugsfähige Positionen – Überblick	380
10. Darlegungs- und Beweislast	380
VI. Kosten des Umgangs mit einem Kind und Leistungs- fähigkeit	381
VII. Einkommen des Unterhaltspflichtigen und Leistungs- fähigkeit	381
1. Einkommen als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit....	381
2. Wechsel des Arbeitsplatzes	382
3. Keine Einkommensfiktion bei unfreiwilligen Verlust des Arbeitsplatzes.....	383
4. Selbstverschuldete Leistungsunfähigkeit durch Aufgabe des Arbeitsplatzes.....	384
5. Erwerbsobliegenheit bei Verlust des Arbeitsplatzes, Zurechnung des früheren Einkommens, Bindung an Verletzung der Obliegenheit	385
6. Einkommensfiktion bei nicht hinreichenden Einkünften, Umfang einer Nebentätigkeit	387
7. Leistungsfähigkeit nach § 1603 Abs. 1, 2 BGB bei Verbüßung einer Straftat	387
8. Geringfügige Einkünfte des verheirateten barunterhalts- pflichtigen Elternteils	387
9. Umfang der Erwerbsobliegenheit bei Hausfrau- (mann)rolle	389
10. Vorübergehende Minderung der Leistungsfähigkeit	392
VIII. Verwertung des Vermögensstammes	392
IX. Das Rangfolgesystem des UÄndG 2007.....	394
1. Grundlegende Neuordnung	394
2. Rangfolgesystem bis zum 31.12.2007	394
3. Generelle Struktur einer Rangfolgeordnung.....	394
4. Rechtspolitische Begründung der Änderung der Rang- folge.....	395
5. Absoluter Vorrang des Kindesunterhalts	395
6. Besondere Gewichtung des Unterhalts der Eltern wegen Betreuung eines Kindes.....	396

7. Gleichstellung des Unterhalts bei Ehe von langer Dauer mit dem Betreuungsunterhalt	397
8. Die weiteren Rangfolgeregelungen.....	399
9. Fehlende Rangfolge bei Unterhaltsansprüchen nach dem LPartG	400
10. Probleme des neuen Rangfolgesystems.....	400
a) Bestimmung der Einsatzbeträge.....	400
b) Schwächung des steuerlichen Realsplittings	401
11. Begriff der Ehe von langer Dauer in § 1609 Nr. 2 BGB	402
12. Minderjährige und volljährige privilegierte Kinder als Berechtigte der ersten Rangstufe.....	406
a) Begriff des minderjährigen Kindes	406
b) Volljährige privilegierte Kinder	406
c) Tatbestandliche Abgrenzung.....	407
d) Einzusetzende Einkünfte und Vermögen	409
13. Bestimmung der Einsatzbeträge beim Kindesunterhalt ..	409
a) Grundlage der Bedarfsbestimmung.....	409
b) Funktion des Bedarfskontrollbetrags	411
c) Auswirkungen bei der Mangelfallberechnung	412
14. Mangelfallberechnung bei mehreren Berechtigten der 1. Rangstufe.....	413
15. Mangelfallberechnung bei volljährigem privilegierten Kind	414
16. Zuordnung des steuerlichen Splittingvorteils aus neuer Ehe zum Kindesunterhalt bei Ermittlung des Bedarfs und der Leistungsfähigkeit	415
17. Zuordnung des Realsplittingvorteils gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG sowie außergewöhnlicher Belastungen gemäß § 33a Abs. 1 EStG im Mangelfall nach der 1. Rangstufe.....	417
18. Zulässigkeit eines Rangverzichts auf 1. Rangstufe.....	418
19. Zuordnung des Splittingvorteils nach § 26b Abs. 1 EStG bei Ranggleichheit gemäß § 1609 Nr. 2 BGB oder § 1609 Nr. 3 BGB mehrerer Unterhaltsberechtigter	419
a) Rechtsprechung des BVerfG	419
b) Rechtsprechung des BGH.....	420
20. Zuordnung des Splittingvorteils aus neuer Ehe bei Nachrang des neuen Ehegatten.....	422
21. Keine Billigkeitskorrektur nach § 1579 Nr. 8 BGB.....	422
22. Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen der 1. und 2. Rangstufe.....	423

23. Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen der 2. und 3. Rangstufe.....	425
24. Wiederaufleben eines nachrangigen Anspruchs nach Wegfall eines vorrangigen Anspruchs.....	426
25. Berücksichtigung vertraglicher Unterhaltsansprüche	427
26. Zuordnung des Unterhalts nach § 1576 BGB bei Betreuung eines Pflegekinds	428

K. Überblick über den Anspruch auf Familienunterhalt sowie Trennungsunterhalt	429
I. Grundsätze des Ehegattenunterhalts.....	429
II. Familienunterhalt nach §§ 1360, 1360a BGB.....	430
1. Grundlagen.....	430
2. Abgrenzung zum Trennungsunterhalt nach § 1361 BGB	430
3. Abgrenzung zum Kindesunterhalt	431
4. Wirtschaftsgeld.....	432
5. Finanzierung der Ausbildung durch einen Ehegatten	433
6. Taschengeld	433
7. Fragen zum Kostenvorschuss und zur Verfahrens- kostenhilfe	434
a) Begriff der persönlichen Angelegenheit.....	434
b) Prüfung der Billigkeit.....	435
c) Verhältnis zur Verfahrenskostenhilfe	435
d) Verfahrenskostenvorschuss für minderjährige und volljährige Kinder.....	436
e) Rückforderung eines Kostenvorschusses, Kosten- quotelung	436
f) Kein Kostenvorschuss zwischen geschiedenen Ehe- gatten	437
g) Verfahrenskostenhilfe und Prozessstandschaft eines Elternteils	437
III. Grundlagen des Anspruchs nach § 1361 BGB.....	438
1. Begriff des Getrenntlebens	438
2. Grundgedanken des Getrenntlebensunterhalts	438
3. Begriff der persönlichen Verhältnisse, Erwerbsobliegen- heit, Zeitpunkt der Wiederaufnahme einer Erwerbs- tätigkeit	438
a) Umfang der Erwerbsobliegenheit	438
b) Zeitpunkt der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	439
c) Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit.....	441

d) Erwerbsobliegenheit bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	441
4. Beweislast	441
5. Lange Trennungszeit, fehlende wirtschaftliche Einheit ...	442
IV. Mahnung und Verzug, Verzugszinsen	442
1. Keine Wirkung für nachehelichen Unterhalt.....	442
2. Wegfall des Schuldnerverzugs	443
3. Stufenmahnung.....	443
4. Verzugswirkung bei hoher Mahnung	444
5. Unterhalt für die Vergangenheit	444
6. Verzugszinsen bei Verbindlichkeiten aus Unterhalt	444
V. Exakter Zeitpunkt der Beendigung des Trennungsunterhalts.....	445
VI. Verwirkung des Trennungsunterhalts bei längerer Nichtgeltendmachung	445
L. Umfang der Auskunft- und Belegpflicht im Unterhalt	449
I. Überblick über die materiell-rechtlichen Vorschriften	449
II. Auskunft im Verbund, Gegenseitigkeit	450
III. Umfang des Anspruchs aus § 1605 Abs. 1 BGB.....	450
1. Systematische Aufstellung.....	450
2. Beleganspruch.....	451
3. Zeitraum.....	452
IV. Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	452
V. Stufenmahnung, verfahrensmäßige Umsetzung	453
VI. Stufenklageantrag bei nicht bestehendem Leistungsanspruch	453
VII. Zeitliche Eingrenzung der Auskunft- und Belegpflicht.....	454
1. Sperrfrist	454
2. Mehrjährige Erfassung	455
VIII. Weitere Fragen zur Auskunftspflicht	455
1. Grenzen der Auskunft- und Belegpflicht	455
2. Wert der Beschwerde im Auskunftsverfahren	455
3. Formulierung von Anträgen.....	457
a) Außergerichtliche Stufenmahnung.....	457
b) Auskunftsantrag bei Arbeitnehmer bzw. nicht-selbständiger Erwerbstätigkeit	458
c) Antrag bei Selbständigen bzw. Gewerbetreibenden ...	458
IX. Auskunft bei Überleitung des Unterhaltsanspruchs auf Sozialhilfeträger	459
1. Rechtslage bei SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende	459

2. Rechtslage bei SGB XII – Sozialhilfe	460
X. Pflicht zur ungefragten Information	460
1. Voraussetzungen der Pflicht zur ungefragten Infor- mation	460
2. Sonderfall bei Unterhaltsvereinbarung	461
3. Rechtsprechung des BGH	462
M. Einkommensermittlung im Unterhalt – Überblick	463
I. Anerkennung von Abschreibungen wegen Abnutzung durch BGH-Rechtsprechung	463
II. Fragen zum steuerlichen Realsplitting nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG	465
III. Bestimmung des Splittingvorteils bei gemeinsamer Veranlagung gemäß § 26b EStG zur Bestimmung des Einkommens	467
1. Rechtsprechung des BGH	467
2. Unterhaltsrechtliche Vorgaben	467
3. Rechenschritte nach BGH	468
IV. Verpflichtung zur Zustimmung zur gemeinsamen Veranlagung zur Einkommenssteuer	469
V. Ergänzende Altersvorsorge bei nichtselbstständiger Berufstätigkeit	470
1. Grundlagen	470
2. Unbeachtlichkeit der Anlageform	470
3. Immobilie als Altersvorsorge	471
4. Kein fiktiver Abzug vom unterhaltspflichtigen Ein- kommen	471
5. Weitere Fragen	471
6. Vorrangige Sicherstellung des Mindestunterhalts eines Kindes	472
VI. Vorsorgeaufwendungen bei Selbständigen	472
VII. Sachentnahmen und eheliche Lebensverhältnisse	473
VIII. Einsatz des Vermögens zum Unterhalt	473
IX. Elterngeld, Pflegegeld, Leistungen der Grundsicherung	473
X. Wahl einer ungünstigen Steuerklasse	474
N. Familiengerichtliches Verfahren sowie Abänderungs- verfahren	475
I. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht nach §§ 235, 236 FamFG	475
1. Regelungszweck	475

2. Keine Vorweigerung einer streitigen Auskunftspflicht sowie keine Amtsermittlung	476
3. Versicherung einer wahrheitsgemäßen und vollständigen Auskunft	476
4. Anordnungsverpflichtung auf Verlangen eines Beteiligten	476
5. Mitteilung einer wesentlichen Änderung	477
6. Keine Anfechtbarkeit von Anordnungen	478
7. Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter	478
II. Das Abänderungsverfahren im Unterhaltsrecht	478
1. Bindung im Abänderungsverfahren	478
2. Wegfall der Bindung an Erstfestsetzung	479
3. Änderung der rechtlichen Verhältnisse als Abänderungsgrund	481
4. Einwand der Befristung bzw. Begrenzung des Unterhalts- und Unterhaltsvergleich	482
5. Abänderung einer Versäumnis- bzw. Anerkenntnisentscheidung	486
6. Darlegungs- und Beweislast	487
III. Rechtsschutzinteresse des Unterhaltsberechtigten zur Titulierung des geschuldeten Unterhalts	487
O. Der Kindesunterhalt nach der Neuordnung durch das UÄndG 2007	489
I. Rechtsgrund der Unterhaltspflicht aus Verwandtschaft	489
II. Reichweite des gesetzlich geregelten Kindesunterhalts	489
III. Kindesunterhalt ab Volljährigkeit	490
IV. Weitere sachliche Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	491
V. Begriff des Bedarfs minderjähriger und volljähriger Kinder	492
1. Der Begriff der Lebensstellung des Kindes	492
2. Selbständige Lebensstellung volljähriger Kinder	493
3. Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts	493
a) Begriff des Regelbetrags bis 31.12.2007	493
b) Anknüpfung an das steuerliche Existenzminimum	494
4. Statischer und dynamischer Individualunterhalt nach § 1612a Abs. 1 BGB	494
5. Begriff des Mindestunterhalts nach § 1612a Abs. 1 BGB	495
6. Bestimmung des Mindestunterhalts	496
a) Grundlagen	496

b) Rechtszustand ab 1.1.2009	497
c) Rechtszustand ab 1.1.2010	497
d) § 1612a Abs. 1 BGB als gesetzlich geregelte Bezugsgröße.....	498
7. Mindestunterhalt der vierten Altersstufe	498
8. Funktion des Mindestunterhalts als Beweislastregel	499
9. Mindestunterhalt bei Einkommen des nicht barunter- haltungspflichtigen Elternteils; Begriff des anderen leistungsfähigen Verwandten	500
10. Methode der Bestimmung der Prozentsätze zur Dynamisierung des Unterhalts	502
11. Beschlussformel bei dynamischem Unterhaltstitel, Begrenzung im Vereinfachten Verfahren nach §§ 249 ff. FamFG	503
P. Kindergeldausgleich nach § 1612b BGB	505
I. Grundlagen des staatlichen Kindergeldes	505
1. Anspruchsberechtigung.....	505
2. Zeitliche Begrenzung des Kindergeldes.....	506
3. Verdrängung des Kindergeldes durch andere Leistungen	506
4. Höhe des Kindergeldes	507
II. Neuordnung des Kindergeldausgleichs nach § 1612b BGB	507
1. Notwendigkeit einer Reform.....	507
2. Deckung des Barbedarfs durch Kindergeld.....	508
3. Prinzip des Kindergeldausgleichs	508
4. Volljähriges Kind außerhalb des Haushalts	509
5. Kindergeldverrechnung im Mangelfall.....	510
6. Erhöhung der Verteilungsmasse für die zweite Rangstufe.....	512
7. Bedarfsdeckende Wirkung bei volljährigen Kindern	512
8. Bedarfsdeckung des Kindergelds auch bei der Be- stimmung des Trennungunterhalts sowie des nach- ehelichen Unterhalts	512
9. Auswirkungen bei Zusammentreffen minderjährigen sowie volljähriger privilegierter Kinder.....	513
10. Unbeachtlichkeit des Zählkindvorteils	514
11. Kindergeldersatzleistungen nach § 1612c BGB.....	514
12. Bedarf und Kindergeldverrechnung bei auswärtig untergebrachtem Kind	514

13. Behandlung des Kindergelds bei einem im Ausland lebenden Unterhaltspflichtigen	515
III. Anteilsberechnung bei Zusammentreffen volljähriger privilegierter und minderjähriger Kinder sowie Bedarfsdeckung nach § 1612b Abs. 1 BGB	516
1. Grundlagen.....	516
2. Bestimmung des Bedarfs.....	517
3. Bestimmung der Anteile jedes Elternteils	518
IV. Begriff des anderen leistungsfähigen Verwandten, § 1603 Abs. 2 S. 3 BGB.....	520
V. Ersatzhaftung des anderen Elternteils und nachrangiger Verwandter bei leistungsunfähigem Elternteil.....	520
1. Grundlagen der Ersatzhaftung.....	520
2. Haftung des anderen Elternteils bei Verletzung einer Erwerbsobliegenheit.....	521
3. Haftung der Großeltern	522
VI. Kindesunterhalt und Wechselmodell	523
1. Wechselmodell bei gleich langen Betreuungszeiten.....	523
2. Wechselmodell mit deutlichem Schwerpunkt bei einem Elternteil.....	524
VII. Art der Unterhaltsgewährung, § 1612 BGB.....	525
1. Form der Unterhaltsleistung	525
2. Bestimmungsrecht für minderjährige und volljährige Kinder	525
3. Änderung der Wirksamkeitsprüfung der Unterhaltsbestimmung durch das UÄndG	526
4. Änderung des Verfahrens	526
5. Rücksichtnahme auf die Belange des Kindes als Voraussetzung	527
6. Unwirksamkeitsgründe	528
7. Restanspruch.....	529
VIII. Beschränkung oder Wegfall des Unterhaltsanspruchs (Härteklausel)	530
1. Negative Billigkeitsklausel	530
2. Voraussetzungen der Anwendung der Härtefallklausel ...	530
3. Begriff des sittlichen Verschuldens	531
4. Gröbliche Vernachlässigung der eigenen Unterhaltspflicht.....	531
5. Vorsätzliche schwere Verfehlung	532
6. Kontaktverweigerung	532

7. Wirkung für die Zukunft, Verzeihung	533
8. Rechtsfolgen	533
9. Keine Anwendung bei minderjährigen Kindern	534
10. Kein Rückgriff auf Mit- oder Ersatzverpflichtete	534

Q. Der Unterhalt von Müttern und Vätern aus Anlass der Geburt eines Kindes gemäß § 1615I BGB	537
I. Normzweck der Vorschrift	537
II. Anwendungsbereich	538
III. Ansprüche der Mutter aus Anlass der Geburt nach § 1615I Abs. 1 BGB, Abgrenzung zum Aufwand des Kindes	538
IV. Anspruchsinhalt nach § 1615I Abs. 2 S. 1, 2 BGB	540
1. Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Erkrankung	540
2. Unterhalt wegen Betreuung	541
3. Zeitliche Dauer des Anspruchs nach § 1615I Abs. 2 S. 3, 4 BGB	542
4. Weitere Gründe der Verlängerung des Anspruchs, Kosten der Betreuung	544
5. Wiederaufleben eines nach bisherigem Recht begrenzten Anspruchs	544
6. Verfahrensmäßige Geltendmachung; zeitliche Begrenzung, Beweislast	545
7. Wiederaufleben eines nach § 1609 Nr. 2 BGB verdrängten Anspruchs	546
8. Keine kausale Verknüpfung zur Bedürftigkeit	546
9. Rechtskräftige Feststellung der Vaterschaft	547
10. Bedürftigkeit	548
11. Bedarf der Mutter	549
12. Begrenzung des Bedarfs der Mutter auf Halbteilungsgrundsatz	551
13. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	552
14. Einstweiliger Rechtsschutz zugunsten der Mutter	553
V. Steuerliche Entlastung	553
VI. Probleme aus der Gleichstellung des § 1615I BGB mit § 1570 BGB	554
1. Problemlage	554
2. Bedarf, Bedürftigkeit nach § 1577 Abs. 1 BGB, Leistungsfähigkeit	554
3. Anspruch auf Mehr- oder Sonderbedarf	555
4. Anwendung der Härtefallklauseln nach §§ 1579, 1611 BGB	556

5. Vereinbarungen nach § 1585c S. 1 BGB sowie nach § 1614 Abs. 1 BGB	557
VII. Weitere Fragen	557
1. Unterhalt für die Vergangenheit, Verzug, Auskunft, Beweislast	557
2. Verjährung.....	558
VIII. Anspruch des Vaters auf Betreuungsunterhalt nach § 1615l Abs. 4 BGB	558
IX. Beerdigungskosten für die Mutter.....	559
X. Tod des Vaters, Tod oder Fehlgeburt	559
 R. Vereinbarung zum Unterhaltsrecht.....	561
I. Grundlagen.....	561
II. Vereinbarungen zum Unterhalt bei Ehegatten	561
1. Gesetzliche Regelungen	561
2. Umfang der Dispositionssperre bei Vereinbarungen zum Familien- und Trennungsunterhalt	562
3. Zulässige Modifikationen des Familien- und Trennungsunterhalts.....	562
4. Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt nach § 1585c Satz 1 BGB.....	563
5. Grenzen der Dispositionsfreiheit – Grundlagen zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen.....	563
a) Grundlagen der Rechtsprechung zum Kernbereich der Scheidungsfolgen	563
b) Prüfungsfolge zur Inhaltskontrolle	565
c) Umsetzung der Ausübungskontrolle	566
6. Umfang der Wirksamkeitskontrolle	568
7. Beweislast	568
8. Verfahrensfragen	569
9. Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen seit der grundlegenden Entscheidung des BGH vom 11.2.2004	569
a) Inhaltskontrolle zugunsten eines Unterhaltspflichtigen	569
b) Ausschluss des Betreuungsunterhalts nach § 1570 BGB	570
c) Ehevertrag mit einer ausländischen Ehefrau	571
d) Ausschluss des Altersunterhalts nach § 1571 BGB sowie Krankheitsunterhalts nach § 1572 BGB	571

e)	Unterhalt bis zur Erlangung einer angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1573 Abs. 1 BGB	573
f)	Weitere Unterhaltstatbestände.....	574
g)	Krankenversicherung, Altersvorsorge	574
h)	Genereller Grundsatz des Nachteilsausgleichs	575
i)	Abfindung des Unterhalts vor Wiederheirat.....	575
10.	Inhaltskontrolle bei Scheidungsfolgenvereinbarungen	575
11.	Wirksamkeit eines Verzichts bei Ausgleichsleistungen ..	577
12.	Zeitliche Begrenzung der Inhaltskontrolle?	577
13.	Auskunft und Inhaltskontrolle	578
14.	Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit eines Ehe- vertrages	578
III.	Notarielle Form von Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt	578
1.	Die Regelung des § 1585c S. 2 BGB	578
2.	Weitere Formbestimmungen	579
3.	Formzwang aufgrund anderer Regelungen	580
IV.	Verwandtenunterhalt	580
1.	Kein Formzwang bei Vereinbarungen	580
2.	Inhalt von Vereinbarungen zum Verwandten-, insbe- sondere Kindesunterhalt.....	581
a)	Grundlagen.....	581
b)	Zulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	581
c)	Weitere Fälle zulässiger Vereinbarungen.....	582
d)	Unzulässige Vereinbarungen zum Kindesunterhalt ...	582
3.	Freistellungsvereinbarungen.....	583
4.	Beachtung des Kindeswohls bei Eheverträgen	584
V.	Auslegung von Vereinbarungen	585
VI.	Allgemeine Wirksamkeitskontrolle.....	585
VII.	Sittenwidrigkeit von Eheverträgen.....	586
S.	Übergangsbestimmungen	589
I.	Grundlagen.....	589
II.	Regelungsbereich der Übergangsbestimmungen	589
1.	Grundlagen.....	589
2.	Überblick zu § 36 EGZPO	590
a)	§ 36 Nr. 1 EGZPO	590
b)	§ 36 Nr. 2 EGZPO	591
c)	§ 36 Nr. 3 EGZPO	591
d)	§ 36 Nr. 4 EGZPO	591
e)	§ 36 Nr. 5 EGZPO	592

f) § 36 Nr. 6 EGZPO	592
g) § 36 Nr. 7 EGZPO	592
III. Anwendung des neuen Rechts auf bestehende Unterhaltsregelungen	592
1. Voraussetzungen	592
2. Begriff der wesentlichen Änderung nach § 36	
Nr. 1 EGZPO	593
3. Anwendungsfälle	593
4. Weitere prozessuale Voraussetzungen	596
a) Wesentliche Änderung	596
b) Umfang der fortbestehenden Bindung an das abzuändernde Urteil	596
c) Umfang der fortbestehenden Bindung bei Prozessvergleichen	598
d) Umfang der betroffenen Unterhaltsfestsetzung	598
5. Keine Präklusion nach §§ 238 Abs. 2 FamFG, 767 Abs. 2 ZPO	599
6. Berücksichtigung des Vertrauens nach Zumutbarkeitsgesichtspunkten	599
a) Prüfungsmaßstab	599
b) Fehlende Vertrauensschutzregelung bei Unterhaltsfestsetzung nach Inkrafttreten des neuen Rechts	600
7. Einzelne Abwägungskriterien des Vertrauensschutzes	601
a) Kriterien zugunsten des Unterhaltsberechtigten	601
b) Eingeschränkter Vertrauensschutz des Unterhaltsberechtigten	602
c) Gesamtabwägung aller Zumutbarkeitsgesichtspunkte	603
IV. Anpassung dynamischer Unterhaltstitel und Vereinbarungen	603
1. Zweck der Regelung des § 36 Nr. 3 EGZPO	603
2. Methode der Berechnung des neuen Prozentsatzes	604
a) Vier Fallgruppen	604
b) Vergleich der Regelbeträge mit dem Mindestunterhalt auf der Grundlage der Beträge zum 1.1.2008	605
c) Gesetzlicher Regelfall nach Satz 4 Buchstabe a	605
Stichwortverzeichnis	609